

TURNING UP THE HEAT: Rechtliche Unternehmensverantwortung und der Klimawandel

Rechtliche Unternehmensverantwortung – Jährlicher Bericht 2018

ZUSAMMENFASSUNG

Der Klimawandel stellt eine außerordentliche Bedrohung für die Menschenrechte dar. Das zunehmende Leid, das die Auswirkungen des Klimawandels über marginalisierte Bevölkerungsgruppen insbesondere im globalen Süden bringen, ist ein Inbegriff für die Ungerechtigkeit von Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen. Gerade einmal 100 große Unternehmen werden mit über 70% der weltweiten CO₂-Emissionen seit 1988, dem Jahr, in dem der vom Menschen verursachte Klimawandel offiziell anerkannt wurde, in Verbindung gebracht (und profitierten davon). Es gibt auch Hinweise darauf, dass viele dieser Unternehmen jahrzehntelang von den Auswirkungen ihrer Aktivitäten auf das Klima gewusst, nicht gehandelt und die Öffentlichkeit und Investoren falsch informiert haben. Mittlerweile leiden die ärmsten Gemeinschaften der Welt unter langsam anwachsenden Klimaveränderungen und unmittelbaren Katastrophen wie Zyklonen, Überschwemmungen, Hitzewellen und Waldbränden.

„Die großen Verschmutzer, die zum Klimawandel beigetragen haben, sollten jetzt zur Lösung unserer Probleme beitragen.“

Saul Luciano Lliuya, peruanischer Landwirt, der gegen RWE Klage erhoben hat

Die Anzahl der Gerichtsverfahren mit Klimawandelbezug hat in den letzten zehn Jahren über verschiedene Rechtsordnungen hinweg stetig zugenommen. Anfang 2017 gab es in 164 Ländern über 1.200 Gesetze und Politiken, die den Klimawandel betrafen, 1997 waren es nur 60. In den USA werden jedes Jahr rund 20 neue Klimaklagen eingereicht, im Vergleich zu nur einigen wenigen im Jahr 2002. Außerhalb der USA wurden in den vergangenen 15 Jahren 64 Klimaklagen eingereicht, 21 davon seit 2015.

Traditionell sind diese Klagen gegen Regierungen eingereicht worden, aber es zeichnet sich inzwischen ein starker Anstieg von Klimaklagen ab, die sich direkt gegen Unternehmen richten: In den USA wurden im Jahr 2017 sieben Klimaklagen gegen Unternehmen eingereicht, im Jahr 2018 waren es bis Mai bereits sechs. Der Anstieg ist zurückzuführen auf Fortschritte in der Wissenschaft, Erkenntnisse aus ähnlichen Rechtsstreitigkeiten, Enthüllungen über heimliches Klimawissen und langjährige Täuschungsversuche von Unternehmen, verstärkte öffentliche Mobilisierung sowie die Zusammenarbeit zwischen Städten, Anwält/innen, Wissenschaftler/innen und Aktivist/innen. In einer Zeit, in der es Regierungen und Unternehmen immer wieder versäumt haben, gezielte Schritte zu unternehmen, um den Klimawandel angemessen zu bekämpfen, sind strategische Gerichtsverfahren zum Klimawandel ein Hoffnungsträger für das Klima und die allgemeine „Corporate Accountability“ (Unternehmensverantwortungs)-Bewegung.

„Das oberste Ziel fast aller Gerichtsprozesse zu Klimagerechtigkeit ist die Schaffung einer globalen politischen Verantwortung, die solche Klagen überflüssig macht.“

Roxana Baldrich, Referentin bei Germanwatch

Zum Zeitpunkt Mai 2018 gab es 14 laufende Klimaklagen gegen Unternehmen der fossilen Brennstoffindustrie sowie eine Absichtserklärung, Klage gegen ein Ölunternehmen einzureichen. Anlässlich der Gerichtsverfahren – eines von vielen verschiedenen Werkzeugen der wachsenden Bewegung für eine Klimawandel-Rechenschaftspflicht von Unternehmen – kam es zu einer Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftler/innen, Anwält/innen und Menschenrechts- sowie Klimaaktivist/innen, die ihre Strategien weiter untereinander abstimmen.

In keinem der Fälle wurde bislang ein Hauptsacheverfahren (d.h. Beweisaufnahme und Verhandlungen zum eigentlichen Inhalt der Klage) eingeleitet; die rechtlichen Wege und Argumente werden derzeit noch erprobt und es bleibt zu sehen, wie wirksam, nützlich und einflussreich sie sein werden. Dieses Briefing thematisiert den zunehmenden Trend hin zu Klimawandel-Gerichtsverfahren gegen Unternehmen sowie die Chancen und Herausforderungen, die sich daraus ergeben. Zu den wichtigsten Schlussfolgerungen zählen:

- **Wissenschaftliche Forschung hat rechtliche Forderungen gestärkt:** Studien, die spezifische Unternehmen als Mitverursacher von globalen Emissionen identifizieren, haben Gerichtsverfahren unterstützt, in denen Privatunternehmen für ihre Rolle beim Klimawandel haftbar gemacht werden sollen. Gleiches gilt für die Erbringung von Belegen dafür, dass sich Unternehmen ihres Beitrags zum Klimawandel und seinen Auswirkungen bewusst waren und gezielt versucht haben, die Öffentlichkeit und die Anleger zu täuschen oder falsch zu informieren.
- **Klimaklagen werden als Mittel für die breitere Klimagerechtigkeitsbewegung genutzt:** Die meisten Klagen zielen auf einen finanziellen Ausgleich für die Kosten von Klimaanpassung und Resilienzbildung ab. Sie werden aber auch als strategisches Mittel genutzt, um die Emittenten zur Rechenschaft zu ziehen und eine verantwortungsvollere Klimapolitik von Unternehmensseite anzuregen. Gerichtsverfahren ergänzen nicht-gerichtliche Vorgehensweisen, die wiederum ein wichtiges Druckmittel sind, um Unternehmen zu mehr Transparenz und mutigeren Schritten zur Bekämpfung der globalen Erwärmung zu drängen. Rechtsverfahren können auch weitere klimapolitische und regulatorische Maßnahmen sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene voranbringen.
- **Menschen- und Umweltrechtler/innen können voneinander lernen:** Umweltjurist/innen haben Ansätze zur Klimagerechtigkeit entwickelt und geltend gemacht, von denen Menschenrechtsanwält/innen lernen können. Gleichermaßen können juristische Ansätze aus der Menschenrechtsarbeit eine wichtige ergänzende Rolle in Umweltprozessen spielen. Der Bezug sowohl auf Menschenrechtsnormen als auch auf Umweltrecht bei der juristischen Argumentation unterstreicht den Wert einer engen Zusammenarbeit zwischen Vertreter/innen beider Rechtsbereiche.
- **Es zeichnen sich neue Ansätze und Koalitionen im Kampf für Klimagerechtigkeit ab,** unter anderem durch das Engagement von Aktionär/innen, Gerichtsverfahren und Gesetzgebungsbestrebungen wie auch über den Versuch, treuhänderische Pflichten von Unternehmensvertreter/innen und/oder eine Haftpflicht von Versicherern gegenüber Dritten zu etablieren.
- **„Carbon Majors“ sind in der Offensive:** Die Reaktionen dieser Unternehmen auf rechtliche

Schritte waren traditionell aggressiv und finanzkräftig, und nicht anders verhält es sich in Klima-Gerichtsverfahren. Kläger/innen müssen sich wohl auf lange und kostspielige Verfahren und eine kampfbetonte Haltung der beklagten Unternehmen einstellen. Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten, insbesondere durch strategische Klagen gegen die Öffentlichkeitsbeteiligung (Strategic Lawsuits Against Public Participation/SLAPPs), bedrohen auch Umweltorganisationen, Aktivist/innen, Journalist/innen und Wissenschaftler/innen.

Dieses Briefing soll als Katalysator für weitere Maßnahmen zur rechtlichen Unternehmensverantwortung in Bezug auf den Klimawandel dienen. Viele der beschriebenen Chancen und Herausforderungen gelten sowohl für Klimagerechtigkeits- als auch für Menschenrechtsbefürworter/innen. Bitte nehmen Sie [Kontakt zu uns](#) auf, damit wir Ihnen bei der Bekanntmachung Ihrer eigenen Aktivitäten helfen, Sie in künftige Diskussionen einbeziehen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit ausloten können.